

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AA/258

Bonn, den 15. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	Heraus aus dem Engpaß !	89

Wann kommt die Deutschlandpolitik wieder in Bewegung ?

Von Günter Markscheffel

2 - 3	"Mehr Vertrauen in eigener Sache"	70
-------	-----------------------------------	----

Die Berliner Jahrestagung
des "Kuratorium Unteilbares Deutschland"

Von Rolf Heyen, Berlin

4	Zweihundert neue Mittelpunktschulen	56
---	-------------------------------------	----

Hessen investiert für die Ausbildung der Jugend 2,7 Milliarden DM

5 - 6	Erstaunen in Oslo über Präsident Kekkonen	63
-------	---	----

Norwegen will trotz "guter Ratschläge" in der NATO bleiben

Von unserem K-K-Korrespondenten in Oslo

6	Mehr als eine Million	29
---	-----------------------	----

Erneuerstes Passierscheinabkommen widerlegt Kritiker

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SOZIALDEMOKRATISCHE PRESSEDIENST wird in dieser Woche in zwangloser Reihenfolge mit der Veröffentlichung von Artikeln seiner Auslandskorrespondenten beginnen, die das Deutschlandbild zum Jahresende 1965 schildern, wie es sich ihnen in den Ländern, in denen sie tätig sind, darstellt.

Die Redaktion

+ + +

Heraus aus dem Engpaß !

Wann kommt die Deutschlandpolitik wieder in Bewegung ?

Von Günter Markscheffel

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Jahrestagung des "Kuratorium Unteilbares Deutschland" mit allem, was dort gesagt, angeregt und auch verworfen wurde, als der Beginn des Umdenkens in Richtung auf eine wirkungsvolle Deutschlandpolitik gewertet werden dürfte. Das liegt wohl weniger daran, daß alle prominenten Redner und Diskussionsteilnehmer die Unzulänglichkeit der bisherigen Deutschlandpolitik feststellten, als vielmehr in der von niemandem bestrittenen Einsicht, daß in wenigen Jahren die Spaltung Deutschlands wirklich zementiert sein wird, wenn es nicht gelingt, das große Gespräch, die große Begegnung zwischen den Deutschen diesseits und jenseits von Mauer und Stacheldraht zustande zu bringen.

Allen, die dies wollen, sind natürlich auch die Schwierigkeiten bei dem Versuch der Verwirklichung dieses Wunsches bewußt. Jedoch ist bei dieser Tagung des Kuratoriums ein neuer Ton angeklungen. Während man noch vor wenigen Jahren die Schwierigkeiten des Zustandekommens einer gesamtdeutschen Begegnung mit juristischen Definitionen und durchaus respektablen völkerrechtlichen Vorbehalten zu umgehen versuchte, hat man diesmal ganz nüchtern die Frage gestellt, was t r o t z der unterschiedlichen juristischen Grundauffassungen geschehen könne.

Hierbei spielte das Beispiel Berlin eine nicht unwesentliche Rolle. Wenn es richtig ist - so wurde von zahlreichen jungen Diskussionsteilnehmern gefragt -, daß ein Passierscheinabkommen keineswegs zur juristischen Anerkennung des Zonenregimes führen müsse, dann treffe diese "Wahrheit an sich" auch auf andere Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Menschen in Deutschland zu.

Nicht wortwörtlich, aber doch in der Zielüberlegung müssen die Ausführungen des SPD-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, vor den zu gleicher Zeit in der deutschen Hauptstadt tagenden Führungsgremien der Sozialdemokratie in den Bereich der gesamtdeutschen Diskussion gestellt werden. Wenn man von Willy Brandts Überlegungen zu der sehr prägnanter Forderung des Kuratoriumsgeschäftsführers, Dr. Schütz, nach Bildung eines "Gesamtdeutschen Kabinetts" eine Linie zieht, dann drängt sich erneut die schon vor mehreren Jahren von Herbert Wehner an die Adresse der Regierungsparteien gerichtete Aufforderung zur gemeinsamen Bestandsaufnahme der Möglichkeiten in der Deutschlandpolitik auf. Damals wurde diese Aufforderung ignoriert, wenn nicht gar verlacht. Heute erscheint sie vielen Deutschen und besonders der jungen Generation als eine zwingende Notwendigkeit, wenn man überhaupt wieder in der Deutschlandfrage initiativ zu werden gedenkt.

Schon während der großen Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung wurde deutlich, daß viele bisher sorgsam behüteten Tabus der Deutschlandpolitik nur dann in aller Freimütigkeit diskutiert werden können, wenn sich alle demokratischen Kräfte im Grundsatz darüber einig sind, daß keine Partei allein in der Lage sein wird, das jetzt stillstehende Rad der Deutschlandpolitik wieder in Bewegung zu setzen. Mit anderen Worten: Der Versuch, die Deutschlandpolitik mit Aussicht auf Erfolg wieder auf den internationalen Verhandlungstisch zu bringen, wird nur gelingen, wenn alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen und Probleme nicht zum Gegenstand innerpolitischer Auseinandersetzungen werden.

Ob der Kuratoriumsgeschäftsführer gut beraten war, als er zur Verdeutlichung seiner Gedanken den Begriff eines "Gesamtdeutschen Kabinetts" prägte, ist unwesentlich. Ganz gleich, wie das Etikett für gemeinsames Handeln aussieht - am Anfang wird die gemeinsame Bestandsaufnahme der Möglichkeiten deutscher Politik stehen müssen.

Man behauptet allenthalben, die großen Kontrahenten im Ost-West-Konflikt, die USA und die Sowjetunion, seien im Augenblick wegen anderer Sorgen nicht allzu brennend daran interessiert, gerade jetzt das Deutschlandproblem wieder aufzurollen.

Soweit es sich hierbei um sowjetische Position handelt, braucht man kein Sowjetologe zu sein, um zu wissen, daß Moskau den Status quo in Europa politisch und militärisch beibehalten will. Im Westen sieht dagegen die Sache ganz anders aus. Hier haben sich die Verbündeten der Bundesrepublik vertraglich verpflichtet, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden anzustreben. Die meisten Westmächte sind über diese Solidaritätskundgebung mit der Bundesrepublik und dem deutschen Volk hinaus auch unmittelbar daran interessiert, durch eine Friedensregelung für Deutschland endlich den Kriegszustand in Europa beenden zu können. Hemmend wirkt sich jedoch die Tatsache aus, daß Bonn seit dem denkwürdigen Memorandum vom Februar 1961 an die Sowjetunion keine neuen Gedanken für die Belebung der internationalen Diskussion über das Deutschlandproblem beigezeichnet hat. Je länger dieser Zustand dauert, um so größer wird die Gefahr der Konsolidierung der Spaltung Deutschlands und Europas, die Gefahr des Auseinanderlebens der beiden Teile Deutschlands und schließlich die Gefahr eines Nachlassens des Interesses unserer Verbündeten an der Überwindung der Stagnation.

Es ist zu hoffen, daß die während der letzten Tage in Berlin besonders von jungen Menschen zu diesem Thema geäußerten Gedanken möglichst bald Eingang in die offizielle Politik der Bundesrepublik finden mögen.

"Mehr Vertrauen in eigener Sache"

Die Berliner Jahrestagung
des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland"

Von Rolf Heyen, Berlin

Das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" entwickelt sich immer mehr zu einem Mittelpunkt unvoreingenommener sachlicher gesamtdeutscher Diskussionen. Dies ist eines der Ergebnisse der diesjährigen Jahrestagung des "Unteilbaren Deutschland". Dank der Arbeit ihres geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz hat diese Organisation jeden Geruch des kalten Krieges abgestreift. Sie bietet sich heute als Plattform für gesamtdeutsche Debatten über alle Sparten deutscher Politik, Gesellschaft und Kultur an. Das "Unteilbare Deutschland" leistet damit einen wertvollen Beitrag für eine Bestandsaufnahme, die uns die Lage der Nation deutlicher vor Augen führt.

Die Jahrestagungen des Kuratoriums sind, so sagte es Willy Brandt, "Der Versuch einer Synthese". Die Überparteilichkeit muß kein Lavieren zwischen den mächtigen Parteien und Verbänden sein. Sie kann, richtig gehandhabt, Stärke bedeuten. Das setzt nationales Pflichtbewußtsein aller Beteiligten voraus.

"Verwaltete Zerrissenheit"

Eine schonungslose Analyse der Politik, des Geisteslebens und der Gesellschaft in allen Teilen unseres Landes, forderte Dr. Schütz in seinem Beitrag. Er sprach von der "verwalteten Zerrissenheit", die überwunden werden müsse, "um zu einem innerlich geeinigten Volk zu gelangen". Die Zeit sei gekommen, die Geschichte der Freiheit in den Vordergrund zu rücken, wobei die Unmenschlichkeit, die 12 Jahre in Deutschland geherrscht hat, nicht vergessen werden dürfe. Es gehe aber nicht um die Geschichte der Freiheit allein, "sondern um die tagtägliche Verwirklichung der Freiheit". Also nicht einfach stillschweigend hinnehmen, was das Regime in Ostberlin an Gewalt und Trennung über diese Stadt und dieses Land verhängt. Aber auch nicht länger stillschweigend abwarten, bis die verstaubten Staatsschutzbestimmungen in der Bundesrepublik reformiert werden. "Wen wir einladen, das ist unsere Sache. Wir brauchen keine Beamten, die uns da hineinreden."

Die geistige Auseinandersetzung anstreben!

Junge Menschen beteiligten sich besonders intensiv an der Diskussion in den Arbeitskreisen. Die Forderung nach geistiger Auseinandersetzung und nach Debatten mit Teilnehmern aus beiden Teilen Deutschland fand bei den jungen Delegierten starken Bei-

fall. Schütz bedauerte, daß wir zu lange unseren Mitbürgern in Mitteldeutschland die geistige Auseinandersetzung mit den Vertretern des Regimes überlassen haben.

Die Forderung nach einer Revision des bestehenden politischen Strafrechts spielte in Gesprächen der Arbeitskreise eine entscheidende Rolle. Die Frage, ob wir uns selbst geistig einmauern, aus falscher Furcht vor den Kommunisten und aus mangelndem Selbstbewußtsein, schloß sich an.

Appelle nicht ausreichend

Willy Brandt warf die Frage auf, ob es ausreicht immer nur Appelle über Stacheldraht und Mauer hinweg zu richten. "Es kommt gewiß darauf an, daß wir uns mehr als bisher fragen, was wir selbst tun können und nicht tun sollten." Auch Brandt setzte sich für verstärkte Kontakte mit den Mitteldeutschen Landsleuten ein. Er forderte mehr Selbstbewußtsein, denn "auf unserer Seite scheidet manches, weil man Angst hat vor Ansteckung durch die vermeintlich so gründlich geschulten Landsleute drüben. Wir sollten uns nicht schwächer einschätzen, als wir tatsächlich sind. Die Möglichkeit einen überzeugten Kommunisten zu treffen, ist bei Reisen in das Ausland wahrscheinlich größer als bei einem Treffen mit Deutschen aus dem russischen Herrschaftsbereich."

Immer noch erschreckend viele Mitbürger wissen nicht, daß sie ihre Verwandten in Mitteldeutschland besuchen können. Im Frühjahr 1964 waren es 46 Prozent, heute nach verstärkter Aufklärung bestehen "nur" noch bei einem Drittel falsche Vorstellungen. Brandt forderte weitere Aufklärungsarbeit.

Mehr wissen!

Manche Vorstellungen der Menschen über Ost-Berlin und die "DDR" entsprechen nicht mehr dem was heute ist. Falsche Vorstellungen von Alltag hinter der Mauer lassen auch die Furcht vor einem Besuch nach Mitteldeutschland entstehen. Man muß mehr wissen über die Wirklichkeit im anderen Teil Deutschlands. Dies war auch das Anliegen des Referats von Stephan G. Thomas, der in einer Analyse der Deutschlandpolitik der SED einen beachtlichen Beitrag leistete.

Vizekanzler Erich Mende hatte es schwer, die Zuhörer davon zu überzeugen, daß es das gibt worüber er sprechen sollte: "Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung". Das war mit die traurigste Erkenntnis dieser Tagung. Und gewiß ist Mende nicht der Hauptschuldige.

Wer allerdings die Stimmung und die Diskussionen dieses Wochenendes zusammenfaßt kann das mit einem Satz tun:

"Mehr Vertrauen in eigener Sache"

Zweihundert neue Mittelpunktschulen

Für die Ausbildung der Jugend investiert Hessen 2,7 Milliarden DM

H.D. - Mit seiner Kulturpolitik leistet das Land Hessen seit vielen Jahren bahnbrechende Pionierarbeit. Als es als erstes Bundesland die allgemeine Lehr- und Lernmittelfreiheit einführte, schuf es die Voraussetzungen dafür, daß Bildung nicht mehr ein Privileg einzelner, sondern eine gerechte Möglichkeit für alle Kinder und Jugendlichen Hessens wurde. Mit der vor knapp fünf Jahren begonnenen Landschulreform werden diese fortschrittlichen kulturpolitischen Maßnahmen fortgesetzt, damit jedes Kind, gleich ob es im kleinen Dorf oder in der Großstadt wohnt, eine gleiche und bessere Schulausbildung erfährt und jede Begabung gefördert wird. Schon heute ist Hessen das Bundesland, in dem die meisten Volksschüler eine voll ausgebaute Volksschule mit acht Klassen besuchen. Diese Tatsache wird durch eine sehr interessante und aufschlußreiche Statistik beleuchtet. Danach besuchen von hundert Volksschülern in Niedersachsen 6 Schüler, in Schleswig-Holstein 60, in Baden-Württemberg 58, in Saarland 55, in Nordrhein-Westfalen 40, in Bayern nur 29 und Rheinland-Pfalz sogar nur 28 Schüler eine voll ausgebaute Schule. In Hessen werden hingegen bereits 72 von 100 Volksschülern in acht- und mehrklassigen Volksschulen unterrichtet.

Die hessischen Mittelpunktschulen sind ein Meilenstein in der Kulturpolitik unseres Jahrhunderts. In einer bekannten deutschen Wochenzeitschrift schrieb eine namhafte Kulturpolitikerin über die hessischen Mittelpunktschulen:

- * "Wenn man bedenkt, daß diese so selbstverständlich funktionieren
- * ...de und durch und durch vernünftige Methode, Landkindern zu einer
- * vielseitigen Schulbildung zu verhelfen, noch vor wenigen Jahren
- * in einigen westdeutschen Parlamenten zu kriegerischen Debatten
- * geführt hat; zu Kanzelabkündigungen und Protestmärschen, dann
- * möchte man voller Zorn die verlorenen Jahre beweinen."

So also werden bereits außerhalb Hessens die Mittelpunktschulen des Landes beurteilt; in dem man keine Jahre verloren, sondern vielmehr verantwortungsbewußt die Zeit genutzt und zielstrebig damit begonnen hat, die Landschule zu reformieren.

Die hessische Landesregierung unterstützte schon in der Vergangenheit die Gemeinden großzügig beim Bau neuer Volksschulen und wird dies auch im Rahmen des Großen Hessenplanes in Zukunft tun. Allein für kulturpolitische Zwecke wird das Land bis 1974 rund 2,7 Milliarden DM ausgeben. Das sind in einem Jahrzehnt etwa 540 DM je Einwohner, die Hessen für die Ausbildung seiner Jugend nur im Schulbau investiert.

Von dieser enormen Investitionssumme des Landes stehen weit über 800 Mill. DM ausschließlich für die Volksschulen bereit. Mit dieser Summe, die einer Beteiligung des Landes mit rund zwei Drittel an den Gesamtkosten entspricht, werden in den nächsten zehn Jahren 200 neue Mittelpunktschulen mit 4400 Schulräumen und 200 Turnhallen sowie weitere 4200 Schulräume mit 50 Turnhallen in den übrigen Volks-, Real- und Sonderschulen, die keine Mittelpunktschulen sind, errichtet.

Diese Zahlen entsprechen durchgerechneten und realisierbaren Tatsachen; denn schon heute haben sich rund 1500 hessische Gemeinden in Schulverbänden zusammengeschlossen, um für ihre Kinder moderne und bessere Schulen zu bauen. Wesentlich erleichtert wird die Reform des Landschulwesens in Hessen noch durch die gesetzliche Vorschrift, nach der das Land den Schülern die Fahrkosten zum Besuch auswärtiger Sonder- und Mittelpunktschulen erstattet. Dafür stehen allein im diesjährigen Landeshaushalt zwei Millionen DM bereit.

Erstaunen in Oslo über Präsident Kekkonen

Norwegen will trotz "guter Ratschläge" in der NATO bleiben.

Von unserem K-K-Korrespondenten in Oslo

Finnlands Präsident Kekkonen hat vor einigen Tagen die Welt durch den Vorschlag überrascht, Norwegen und Finnland, die eine gemeinsame Grenze im Norden haben, sollten einen Pakt schließen mit dem Ziel, die Einbeziehung des Gebietes um diese Grenzen in etwaige Kriegshandlungen der Großmächte zu verhindern.

Der Vorschlag hat im Norden Erstaunen erregt, nicht nur wegen seines Inhalts, sondern auch wegen der Form. Kekkonen hat ihn geäußert, ohne die nordischen Länder zuvor auf diplomatischem Wege unterrichtet zu haben. Nicht mit Unrecht wird dieses Vorgehen als eine unbefugte Einmischung in die Außenpolitik befreundeter Länder betrachtet.

Der Äußerung Kekkonens ging ein Besuch des finnischen Außenministers Karjalainen in Moskau voraus. Wenn es auch glaubhaft ist, daß Karjalainens Besuch in Stockholm, der unmittelbar auf die Rede Kekkonens erfolgte, mit dieser Rede an und für sich nichts zu tun hat, ist er während des Karjalainen-Besuchs in Schweden lebhaft erörtert worden. "So etwas tut man nicht", sagt ein einflussreiches Regierungsorgan, "wenn es einen darum zu tun ist, vertrauensvolle Beziehungen zwischen den nordischen Völkern aufzubauen. Man darf nicht den Eindruck erwecken, als sei die Sache, die man da in die Tüte stecken will, zuerst im Sack gewesen."

Das Vorgehen Kekkonens hat natürlich zum Ziele, die Kräfte zu stärken, die für den Austritt Norwegens aus der Atlantischen Gemeinschaft sind. Denn die Verwirklichung des Kekkonen-Planes würde den Austritt Norwegens aus dieser Gemeinschaft voraussetzen. Aber selbst die norwegischen Volkssozialisten, die diesen Austritt lebhaft fördern, lehnen den Vorschlag des finnischen Präsidenten rundweg als unrealistisch ab. Das offizielle Norwegen hat ebenso höflich wie deutlich verstehen lassen, daß es Kekkonens Einmischung in die norwegische Politik als unzulässig ansieht.

Es ist ausgeschlossen, daß Kekkonen ohne Wissen Moskaus gehandelt hat. Wahrscheinlicher ist es, daß er einen Auftrag Moskaus ausgeführt hat, der möglicherweise sogar von ihm angeregt worden war. Ihm wird in der skandinavischen Presse vorgeworfen, er habe herausfordernd gehandelt und der Sache des Friedens einen schlechten Dienst erwiesen, wie er auch für ein nordisches Land, nämlich Norwegen, mehr Schwierigkeiten geschaffen als beseitigt hat. Die Vertreter der norwegischen Arbeiterpartei äußerten in den Wandelgängen des Storting, Urho Kekkonen möge seine Lust dämpfen, den anderen nordischen Ländern Ratschläge zu geben, ohne nach ihnen befragt worden zu sein. In einer guten Familie gebe man solche Ratschläge jedenfalls nicht zuerst öffentlich.

Finnland ist auf dem Wege über den "Friedens- und Freundschaftsvertrag" mit der Sowjetunion dem Ostblock verbunden, Norwegen durch den NATO-Vertrag dem Westblock. Wenn die Befriedung des Nordens er-

reicht werden soll, kann sie jedenfalls nicht erreicht werden durch die zwei kleinen Anrainer, sondern müßte sie auf einer Verständigung zwischen den beiden Machtblöcken beruhen. Kekkonen weiß dies natürlich, wie er auch nicht vergessen hat, das sein wiederum vorgetragener Gedanke, den Norden zu einer atomfreien Zone zu erklären, 1963 unter den Tisch gefallen ist. Weder ist Norwegen bereit, aus dem NATO-Pakt auszutreten, noch will Moskau Finnland aus dem "Friedens- und Freundschaftspakt" entlassen. Der von Kekkonen verlangte Pakt kann jedoch nur zustandekommen, wenn die beiden kleinen Anrainer ihren großen Beschützern den Rücken kehren. Da nach Meinung Kekkonens Finnland einen solchen Schritt gar nicht tun will (ganz abgesehen davon, daß es ihn gar nicht tun darf!), nimbt sich sein Vorschlag noch eigentümlicher aus. Er soll wohl in erster Linie den Grad der NATO-Feindlichkeit in den skandinavischen Ländern abtasten.

+ + + +
Mehr als eine Million

Erneuerter Passierscheinabkommen widerlegt Kritiker

sp - Mehr als eine Million Westberliner dürfen während des 16-tägigen Besuchszeitraumes über Weihnachten und Neujahr ihre Verwandten, Bekannten und Freunde in Ostberlin besuchen. Das geht aus den bisher eingereichten Antragsformularen hervor, auf denen sich je drei Personen zu einem Besuch eintragen konnten. Diese hohe Zahl hat wohl nach all dem, was der Erneuerung des Passierscheinabkommens voranging, niemand erwartet. Sie bestätigt ein unvermindert hohes Interesse, widerlegt aber auch die Kritiker des Abkommens, die vor einer Erneuerung warnten. Ernst Lemmer, ehemaliger Vertriebenenminister des ersten Kabinetts Erhard, hat sich öffentlich dagegen ausgesprochen. Zum Glück für die Westberliner verschlossen sich Berliner Senat und die Bundesregierung seiner Argumentation. Sie stellten den menschlichen Aspekt in den Vordergrund ihrer Überlegungen. Es ist ja nicht so, daß die Westberliner nur mit Ostberlinern während der Besuchszeit zusammenkommen. Viele Bewohner Mitteldeutschlands, durch Stacheldraht und Minen vom Westen abgesperrt, kommen auch in diesen Tagen nach Berlin und begegnen nach schmerzlicher Abgeschiedenheit ihren Verwandten und Freunden. Was das allein menschlich zählt, kann nur er-messen, wer einmal solche Begegnungen selbst erlebt hat. Sie bringen den Menschen neue Hoffnung und stärken den inneren Zusammenhang unseres Volkes. Manche mögen noch so viel Hohn und Spott über die Politik der kleinen Schritte ausgießen, doch was haben sie, wie die Dinge liegen, anderes anzubieten? Gewiß, das Passierscheinabkommen hat viele Schönheitsfehler, sie wurden jedoch in Kauf genommen. Die Begegnung von Millionen von Menschen ist ein Wert an sich, er reicht auch in den politischen Raum hinein und widerlegt die Mär, unser Volk hätte sich mit der Spaltung abgefunden. Dort, wo es zusammenkommen kann, wie in den Tagen bis zu Neujahr in Ostberlin, bekundet es sein Zusammengehörigkeitsgefühl auf eine für alle Welt überzeugende Weise.